

# Unter Wowereit: Familien im Abseits



**Zur Situation der Familien in Berlin schreibt der CDU-Fraktionschef Nicolas Zimmer, Nicolas Zimmer in einem**

## Namensartikel:

Familien bilden das Fundament unserer Gesellschaft. Sie übernehmen die Verantwortung für die Versorgung und Erziehung der Kinder. Der Staat kann nur die Rahmenbedingungen schaffen, damit eine harmonische und solidarische Gesamtentwicklung der Gesellschaft im Sinne der Generationengerechtigkeit möglich ist. Familie und Kinder werden allzu häufig nur im Zusammenhang mit unserer Rente und mit der Alterspyramide in der Bundesrepublik diskutiert. Dass aber der Kinderwunsch und die Gründung einer Familie für viele Menschen in Deutschland – und vor allem auch der Jugendlichen – nach wie vor mit an erster Stelle steht, wird dabei meist vernachlässigt und verschwiegen. Gerade in Berlin wird der Drang nach vermeintlich freier Selbstbestimmung und Individualität von der politischen Linken als erstrebenswerter und gesellschaftsfähiger angesehen als die Förderung von Familien. Während der

Regierende Bürgermeister Wowereit und sein Senat ein Sado-Maso-Fest öffentlich huldigen und stets von Toleranz und von einer allen gesellschaftlichen Gruppen offenen Metropole reden, stehen Familien in Berlin politisch im Abseits.

Für SPD und Linkspartei. PDS ist deren Lage in einer Großstadt wie Berlin nicht



von politischem Interesse. Das Eintreten für ihre Rechte ist nicht ‚en vogue‘. Eher sind es die alternativen Lebensformen, die mit einer klassischen Familienpolitik nichts gemein haben. Wer mehr als zwei Kinder hat,

wird häufig als ‚asozial‘ betrachtet. Wenn Frauen der Familie den Beruf vorziehen, sind sie nach Ansicht der politischen Linken reaktionär und vertreten ein antiquiertes Gesellschaftsbild. Aber nicht nur diese zutiefst unsozialen 68er-Einstellungen, sondern auch die konkrete Familienpolitik der Bundesregierung und des

Senats hat die Lage der Familien in den vergangenen Jahren verschärft. Kinder zu haben, ist ein Armutsrisiko, das viele neben den Vorurteilen zu Recht scheuen. Das durchschnittliche Familieneinkommen liegt in Berlin unter dem Bundesdurchschnitt, Familienhilfen wurden gestrichen und Gebühren wie im Kitabereich oder auch im Nahverkehr er-

höht. Mit der Folge, dass laut Armutsbericht allein in Berlin 23,6% aller Kinder als arm zu bezeichnen sind, während Wowereit seine ganze Aufmerksamkeit dem ‚Anderssein‘ und öffentlichen Sexpartys schenkt.

Der Staat und damit auch der Regierende Bürgermeister in Berlin haben aber eine Fürsorgepflicht den Kindern und ihren Eltern gegenüber: Sie erbringen in unserer Gesellschaft eine Leistung, die mit keiner anderen vergleichbar ist. Dieser Leistung sind sich SPD, Grüne und Linkspartei.PDS offensichtlich nicht bewusst. Familien brauchen Rahmenbedingungen, in denen sie sich unabhängig und frei von materiellen Sorgen sowie ideologischen Vorbehalten entfalten können. Familienpolitik muss als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche angesehen werden. Dazu gehört vor allem eine Werterziehung, die ihren Namen auch verdient. Denn nur mit einem christlich-abendländischen Wertefundus können die Grundlagen für eine soziale Familienpolitik auch geschaffen werden. Der Senat versagt aber bereits schon hier und schafft den verbindlichen Religionsunterricht gegen den Willen vieler Eltern zugunsten eines beliebigen und austauschbaren Ethikunterrichts ab. Was wir jetzt brauchen, ist eine neue Familienpolitik und ein Politikwechsel, der die Familien wieder auf die politische Agenda setzt.

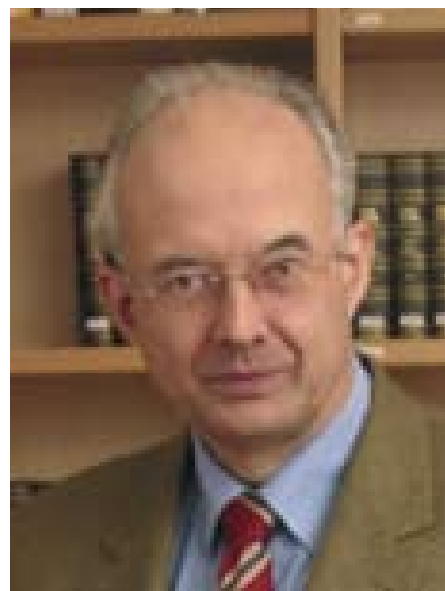
## Ein einfaches und familienfreundliches Steuerrecht

**Das deutsche Steuerrecht ist bürokratisch, leistungsfeindlich, investitions-hemmend und damit ungerecht. Das Ziel der CDU ist ein einfaches, wettbewerbsfähiges und gerechtes Steuersystem. Mit der Benennung des Steuerexperten und früheren Verfassungsrichters Prof. Paul Kirchhof in ihr Kompetenzteam ist Angela Merkel ein Coup gelungen.**

Um das deutsche Steuersystem einfacher und gerechter zu machen, will die CDU Schluss machen mit Steuerschlupflöchern und Steuersparmodellen. Damit der Spitzensteuersatz nicht länger nur auf dem Papier steht, sondern von den Spitzenverdienern auch tatsäch-

lich bezahlt wird. Das bringt 3 Milliarden Euro Mehreinnahmen und deutlich mehr Gerechtigkeit als die so genannte ‚Reichensteuer‘ der SPD. Die bietet nur neue Anreize, Steuerumgebungsmöglichkeiten zu nutzen. Ihr Einkommen wird weit hinter den von der SPD genannten 1,3 Milliarden Euro zurückbleiben. Vorrang hat für die Union auch eine zukunftsfähige Steuerpolitik für Familien mit Kindern. Hierfür steht Prof. Paul Kirchhof wie kaum ein anderer, denn der Schutz sowie die Förderung der Familie bilden einen zentralen Punkt in seiner politischen Überzeugung. Als Verfassungsrichter setzte er sich für eine Besserstellung von

Familien und Kindern ein. Unter seinem Einfluss entstand der viel beachtete Auftrag an den Gesetzgeber, Betreuungs- und Erziehungskosten von Kindern beim Existenzminimum steuerlich zu berücksichtigen. Das Regierungsprogramm der Union sieht vor, bei der Steuer die Grundfreibeträge auf 8.000 Euro je Kind und Erwachsener zu erhöhen. Damit wird unter Berücksichtigung aller pauschalen Abzüge eine vierköpfige Familie bis zu einem Einkommen von 38.200 Euro im Jahr einkommensteuerfrei gestellt.



Prof. Paul Kirchhof

5.000 Euro mehr als heute! Dadurch wird die CDU den Stellenwert der Familie, der unter Rot-Grün stark gelitten hat, wieder verbessern.

## In Kürze

### Hollywood-Star Ralf Moeller unterstützt die CDU

Ralf Moeller, Schauspieler („Gladiator“) und Sportler, ist neues Mitglied im teAM Zukunft. Der aus Recklinghausen stammende Moeller kämpft im teAM Zukunft gemeinsam mit mittlerweile über 20.000 anderen Freiwilligen für Angela Merkel und damit für einen Wechsel in Deutschland. Moeller: „Ich bin für Frauempower, und ich will, dass Deutschland wieder zu einem starken Land wird.“

### Merkel-Faktor erreicht die Industrie

Der Merkel-Faktor hat die Industrie erreicht. Seit der Ankündigung der Neuwahl und seit der Hoffnung auf den Regierungswechsel nahm im Zweimonatsvergleich das Ordervolumen in der deutschen Industrie im Juni und Juli gegenüber April und Mai um 5,4 Prozent zu; die Inlandsnachfrage verbesserte sich um 4,1 Prozent.

### Autofahrer als Melkkuh

„Das glaube ich nicht, dass das zu viel ist.“ Noch-Bundeskanzler Schröder während des TV-Duells auf die Frage, ob 68 % Mineralölsteuer inklusive Ökosteuer nicht zuviel seien.

### Keine Glaube an SPD-Wahlsieg

Nach einer neuen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach glauben nur noch acht Prozent der Bundesbürger an einen Sieg der SPD. Bei keiner Bundestagswahl seit 1983 sei ein so deutlicher Abstand in der Siegeserwartung zwischen den beiden großen Volksparteien ermittelt worden. *Quelle: FAZ*